



Mitbestimmung statt Willkür

LPVG-Info Nr. **3 / 2010**

Öffentlicher Dienst im Wandel- Mitbestimmung außen vor?

Nichts bleibt wie es ist.

Das gilt auch im öffentlichen Dienst. Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft wirken unmittelbar oder zeitverzögert. Die Beschäftigten spüren die Veränderungen bei der Arbeit und/oder beim Einkommen. Aktuell will die Landesregierung in Baden-Württemberg weitreichende Verschlechterungen beim Landespersonalvertretungsrecht durchsetzen. Notwendig sind deshalb: eine starke Gewerkschaft und starke, gesicherte Mitbestimmungsrechte. Nur sie bieten ArbeitnehmerInnen den erforderlichen Schutz.

Was bedroht die Beschäftigten im Wandlungsprozess?

Fortgesetzter Personalabbau führt zu negativen Folgen in den betroffenen Dienststellen und Betrieben. In Baden-Württemberg nahmen die Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst im Zeitraum 2000 bis 2008 um 14 Tausend ab. Das bewirkt Arbeitsverdichtung und geht mit Belastungen der Gesundheit und des Arbeitsklimas einher.

Arbeitszeiterhöhungen auf 39 bzw. 39,5 Stunden haben das Ganze noch verstärkt. Die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte erhöht den Spardruck. Auch der wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Permanenter Druck auf die Tarifniveaus im öffentlichen Dienst (TVöD/TV-L) gefährdet das Einkommen. Die vollzogenen Verwaltungsreformen haben zu Mehrkosten und Nachteilen für die Betroffenen geführt, nicht zur mehr Effektivität.

Unsere Forderung: Mehr Mitbestimmung! Durch Beteiligung mehr Schutz und Sicherheit!

Oftmals findet ein Wechsel weg von reinen Behördenstrukturen hin zu Unternehmensstrukturen mit allen Facetten wie Privatisierung,

**NICHT AUF UNSEREM
RÜCKEN**



Mitbestimmung statt Willkür

Ausgründungen, Leiharbeit, Gründung von Töchtergesellschaften oder Kooperationen statt (Beispiel ZfPen = Zentren für Psychiatrie). Oder es kommt zur Verlagerung von Amtsaufgaben auf unternehmerische Entscheidungen (Beispiel KIT = Karlsruher Institut für Technologie). Oft stehen Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb gegen Gemeinwohl und Daseinsvorsorge. Das Problem: Bei zunehmender Gewinnorientierung fehlen wirkungsvolle Instrumente zur Gegenmacht. Die Personalratsarbeit wird mit den vorhandenen Instrumenten der aktuellen Entwicklung nicht gerecht. So fehlt im Landespersonalvertretungsgesetz die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses wie im Betriebsverfassungsgesetz. Das bedeutet: Infodefizite, Kontrolldefizite, Beteiligungsdefizite, Einflussdefizite!

Unsere Forderung: Mehr Mitbestimmung! Beteiligung auf Augenhöhe!

Neue Steuerungsmodelle und Managementstrategien haben in der Verwaltung Fuß gefasst. Stichworte sind: Controlling, Kosten und Leistungsrechnung (KLR), Doppik, Budgetierung, Balanced Scorecard. Qualitätsmanagement und E-Government aber auch Prozessorientierung sind weitere Schlagworte im Entwicklungsprozess. Politik und BürgerInnen fordern Effizienz und Effektivität im öffentlichen Dienst. Folge: die Beschäftigten stehen vor neuen Herausforderungen wie Leistungsdruck, Flexibilität, Mobilität, Qualifizierung. Kommen die neuen Instrumente zum Einsatz, darf es nicht ohne weitreichende Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Personalvertretung gehen.

Unsere Forderung: Mehr Mitbestimmung! Umfassende Rechte für die Interessen der Beschäftigten!

Outsourcing und Privatisierung bedrohen den Bestand des öffentlichen Diensts. Betroffen sind vor allem Müllabfuhr, Nahverkehr oder Wasser- und Energieversorgung, zunehmend aber auch der Gesundheits- und Bildungsbereich. Die Folgen: schlechtere Bezahlung und schlechtere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sowie permanente Unsicherheit über den Fortbestand des Arbeitsplatzes.

Unsere Forderung: Mehr Mitbestimmung! Die Zeit ist reif zur Gegenwehr!

NICHT AUF UNSEREM
RÜCKEN